

Stormarn

Nachrichten Sport

Barsbüttel: 58 Häuser abreißen?

24.04.02

Von Matthias Popien

DEPONIE 78 Die Sanierung wird der Landesregierung offenbar zu teuer.

Barsbüttel Ein gutes Drittel der 166 Wohneinheiten auf dem Gelände der ehemaligen Deponie 78 in Barsbüttel muss wahrscheinlich abgerissen werden. 58 Häuser, vornehmlich Reihenhäuser, sind bis heute nicht saniert. Die Neubesiedlung der Deponie, das Millionenprojekt der Landesregierung, wird offenbar mit der Abrissbirne beendet - acht Jahre nach Beginn der Sanierung. In Kiel wollte man das weder bestätigen noch dementieren. Klar ist: Die Landesregierung will die Akte "Deponie 78" schließen. "Es wird ein Kabinettsbeschluss vorbereitet", sagt Herbert Schnelle, der Sprecher des Finanzministeriums. Nach seinen Aussagen will sich die Landesregierung im Mai mit dem Thema beschäftigen. Wieviel Geld die Sanierung des Geländes gekostet hat, mochte Schnelle vor diesem Termin nicht verraten. Aus gutem Grund. Die Gesamtbilanz der Sanierung dürfte hoch negativ sein. Die Deponie 78 hat sich als Millionengrab erwiesen, die erhofften Einnahmen sind nicht einmal annähernd erzielt worden. Bis 1992 hatte die Landesregierung schon 68 Millionen Mark ausgegeben - 65 Millionen für den Kauf der 166 Wohneinheiten, drei Millionen Mark für Fachleute, die Vorschläge für die Art die Sanierung machen sollten. 1995 hieß es aus dem Finanzministerium, die Gesamtkosten würden bei 100 Millionen Mark liegen. Man hoffe, mit dem Verkauf der Häuser etwa 50 Millionen Mark einzunehmen. 1995 wurden die ersten Häuser verkauft, auch der Wohnblock an der Buchenstraße, den die Gemeinde Barsbüttel erwarb. Aber die Sanierung ging nur sehr schleppend voran. 1998 befanden sich immer noch 131 Wohneinheiten im Besitz des Landes. Damals schätzte man, dass im Jahr 2000 das letzte Deponiehaus verkauft sein würde. Auch diese Prognose wurde rasch von der Realität überholt. 1999 gab das Land ein weiteres Gutachten in Auftrag, bei dem unter anderem auch geprüft wurde, ob ein Abriss der restlichen Gebäude letztlich wirtschaftlicher ist als die Sanierung. Anlass

dafür war offenbar die Tatsache, dass beim Verkauf der sanierten Häuser weit weniger Geld eingenommen wurde als erwartet. "Wir hatten Soll-Werte für die sanierten Häuser, nun haben wir auch Ist-Werte", sagte damals ein Sprecher des Umweltministeriums in Kiel. Mit anderen Worten: Die Einnahmen entsprachen nicht den Erwartungen. Zu welchem Ergebnis der Gutachter kam, behielt die Landesregierung für sich. Das 100-Millionen-Mark-Projekt der Deponiesanierung war von Anfang an umstritten. 1987 hatte die damalige Barschel-Regierung den unglücklichen Hausbesitzern auf "Deutschlands größter bewohnter Deponie" (so eine Schlagzeile) ihre Immobilien abgekauft, um sie vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren. Viele hatten sich hoch verschuldet, um sich den Traum von einem eigenen Haus erfüllen zu können. Ihnen drohte der Ruin, denn der Eigentümer des Deponiegrundstücks, den sie unter Umständen hätten haftbar machen können, war selbst in Konkurs gegangen. Heide Simonis (SPD), bald darauf Finanzministerin des neuen Kabinetts Engholm, kommentierte Barschels Geldsegen später so: "Für diese politische Entscheidung der alten CDU-Landesregierung, eine solche Summe zu zahlen, gab es keine rechtliche Grundlage." Das Land war allerdings an den Barschel-Beschluss gebunden - und machte sich an die komplizierte Sanierung der Deponie. Da nach Höchstgebot verkauft wurde, waren die Einnahmen pro Haus höchst unterschiedlich. Für die mit gut 80 Quadratmeter recht kleinen, aber gut geschnittenen Reihenhäuser sollen im Schnitt 300 000 Mark gezahlt worden sein. Trotzdem dürften insgesamt nur maximal 30 Millionen Mark eingenommen worden sein, denn bislang wurden lediglich 92 Wohneinheiten verkauft. Dazu gehört auch das Mehrfamilienhaus an der Buchenstraße mit 16 Wohnungen. 16 Häuser mussten abgerissen werden.